

**Fachtagung der Deutschen Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) e.V. und des IAB in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Arbeitskreis Arbeit und Soziales
am 24./25.2.2005 in der FES in Bonn**

Diskussionsthema:

Wissenschaftliche Basis und Umsetzung der "Hartz-Reformen"

In der Diskussion des Vortrags von Ulrich Walwei (IAB) zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der „Hartz-Reformen“ ging es zum einen um die Frage, ob die Grundphilosophie der Reformen (Beschleunigung der Vermittlung, Einführung neuer Instrumente) die Richtige sei angesichts des großen gesamtwirtschaftlichen Defizits an Arbeitsplätzen. Es gebe zwar ein erhebliches Arbeitsplatzdefizit, aber auch eine oft nicht ausreichend beachtete Dynamik (Zu- und Abgänge in und aus Arbeitslosigkeit). Aktive Arbeitsmarktpolitik könne durchaus die Präferenzen auf der individuellen Ebene verändern.



Ulrich Walwei (IAB)

Diskutiert wurde, ob unter den neuen Instrumenten die Personalserviceagenturen (PSA) eine Fehlentscheidung darstellen. Kosten für die PSA seien in der Hartz-Kommission unterschätzt und Wirkungen überschätzt worden. Die PSA stelle als eine Art passgenauer Lohnkostenzuschuss ein Instrument unter vielen dar.

In welchem Verhältnis die Politik der Lohnmoderation mit erhöhten Qualifizierungserfordernissen am Arbeitsmarkt stehe war ein weiteres Diskussionsthema. Argumentiert wurde, dass Löhne eine Signalfunktion haben und die Abgabenreduzierung am unteren Einkommensrand wichtig sei. Einen Widerspruch von Lohnmoderation und Qualifizierung sei nicht zwingend, da Langzeitarbeitslose oftmals keinen Berufsabschluss haben und nur begrenzt qualifizierbar seien. Schließlich wurde die Messung der Wirkungen von Veränderungen im Kündigungsschutz thematisiert. Empirisch gesichert sei, dass der Kündigungsschutz Verfestigungstendenzen am Arbeitsmarkt befördere, Niveaueffekte aber vielfach überschätzt würden.



Martin Brussig (IAT)

Im Anschluss an das Referat von Martin Brussig/Matthias Knuth (IAT) zu den wissenschaftlichen Grundlagen der Reformvorschläge wurde - unter Bezug auf einen Strukturvergleich der Arten des Leistungsbezugs in ausgewählten OECD-Ländern - der Vorschlag einer stärkeren Öffnung der Erwerbsunfähigkeit für (kranke) Arbeitslose nach dem Vorbild Dänemarks, der Niederlande oder Großbritanniens, kontrovers diskutiert. Eingeworfen wurde, dass hier nur neue Verschiebebahnhöfe entstehen würden und das Arbeitslosenproblem so wohl kaum ernsthaft angegangen werden könnte.

Genauso kontrovers wurde die „Zahl der Vermittlungen“ als ein Indikator für Funktionsweise und Wirkung der Arbeitsvermittlung diskutiert. Argumentiert wurde, dass die Zahl der Vermittlungen kein manipulationsresistenter Performanzindikator sei, sondern ein reiner Aktivitätsnachweis, der wenig über die Leistungsfähigkeit eines „Public Employment Service“ aussage. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob die BA den Strukturwandel begleiten sollte, oder ob nicht eher im Kontext der Wirtschaftsförderung eine arbeitsmarktpolitische Begleitung stattfinden sollte.

In der Diskussion zum dritten Vortrag in diesem Schwerpunkt, einer Policy-Analyse von Werner Eichhorst (IAB) zur Formulierung und Umsetzung der Vorschläge der „Hartz-Kommission“, wurde nach dem Modellcharakter der Hartz-Kommission als gesellschaftspolitischer Problemlösungsansatz gefragt. Nach Eichhorst stellt die Hartz-Expertenkommission kein jederzeit kopierbares und beliebig wiederholbares Modell dar. Sie habe aber durch eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz und durch die Nutzung eines „Gelegenheitsfensters“ dazu beigetragen, Reformblockaden zu überwinden.



Werner Eichhorst (IAB)

Verneint wurde die Frage, ob in der Hartz-Kommission auch „Flexicurity“-Konzepte im Sinne des Verhältnisses von internen und externen Arbeitsmärkten diskutiert wurden. Der Fokus lag vielmehr eindeutig auf Vorschlägen einer externen Flexibilisierung.